

Schritt zur Klimagerechtigkeit

Lea Föh. **Mitte November haben an der bisher grössten Weltklimakonferenz mit über 40 000 Teilnehmer*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien zwei Wochen lang über Lösungen zur Klimakrise debattiert. Die Einigung auf Reparationszahlungen für erlittene Verluste und Schäden an klimaanfällige Länder ist beachtlich.**

Eine bahnbrechende Vereinbarung», schreibt Rupa Mukerji, Geschäftsleitungsmitglied der Schweizer NGO Helvetas, in ihrem Blog kurz nach Ende der COP27 (27th Conference of the Parties – United Nations Climate Change Conference) in Scharm asch-Schaich in Ägypten. Sie meint damit die historische Einigung auf einen Unterstützungsfonds für Verluste und Schäden in den von Klimakatastrophen schwer getroffenen Ländern. Damit hatte niemand mehr gerechnet. Der zweiwöchige Klimagipfel dieses Jahr ging sogar zwei Tage in die Verlängerung, weil man sich nicht auf die Abschlusserklärung einigen konnte. Mukerji ist Klimaexpertin sowie leitende Autorin der jüngsten beiden Berichte des Weltklimarats IPCC (United Nations Intergovernmental Panel on Climate Change) und war Mitglied der Schweizer Delegation der COP27. Seit Jahren forscht und berät sie zu den Auswirkungen des Klimawandels. «Die Forderung nach Entschädigung derjenigen Länder, die am wenigsten zu den CO₂-Emissionen beigetragen haben, aber am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, reicht mehr als drei Jahrzehnte zurück», erklärt Mukerji in ihrem Blog.

Untragbare Verluste und Schäden

Der Frust in den klimagefährdeten Nationen, die selbst wenig wärmeverursachendes Kohlendioxid ausstossen, sitzt tief. Die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels führten seit vielen Jahren in vorwiegend ärmeren Teilen der Welt zu nicht bezifferbaren Verlusten und Schäden. Der aktuellste Bericht des IPCC vom April dieses Jahres dokumentiert weltweit drastisch an Intensität und Häufigkeit zunehmende Extremwetterereignisse, wie Waldbrände, Starkniederschläge oder Wirbelstürme. Auch schlechende Entwicklungen wie Gletscherschmelze, Anstieg des Meeresspiegels oder Versauerung der Ozeane schreiten weiter gefährlich voran.

Entwicklungsländer und NGOs haben das Thema «Loss and Damages», so im UN-Jargon in der internationalen Verhandlungssprache genannt, nach jahrelangem Lobbying erstmals offiziell auf die Traktandenliste einer Klimakonferenz setzen können. Das war an sich schon ein bedeutendes Novum. Umso bemerkenswerter, dass prompt ein Fonds verabschiedet wurde. Christina Aebischer, die für Helvetas als Expertin für Klimaanpassung an der COP27 teilnahm, erklärt gegenüber dem *vorwärts*: «Den Stimmen der Betroffenen wurde endlich Gehör verschafft. Die Verabschiedung des Fonds ist ein historischer Schritt in Richtung Klimagerechtigkeit, zumal sich die CO₂-verursachenden Staaten bisher vehement weigerten, jegliche finanzielle Eingeständnisse zu machen.» Die Debatte über Ausgleichszahlungen reicher Industriestaaten, die an der Spitze der historischen Verschmutzer stehen, steckte seit Jahren in der Sackgasse.

Staubtrockener Weckruf

«Der Sommer 2022 war einer der wärmsten und der trockenste seit Messbeginn – das war ein staubtrockener Weckruf», schreibt Sonia Seneviratne, renommierte Schweizer Klimaforscherin, anlässlich der Konferenz in ihrem ETH-Zukunftsblog. Die Klimakrise ist da. Die Schäden durch Klimakatastrophen als ferne Herausforderung zu bagatellisieren, geht nicht mehr. Der Druck auf die Industriestaaten war dieses Jahr vor allem angesichts der verheerenden Dürre in Ostafrika und Überschwemmungen in Pakistan grösser denn je.

UN-Generalsekretär António Guterres fand beim Auftakt der Konferenz die drastischen Worte: «Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle mit dem Fuss auf dem Gaspedal». Zusammen als internationale Gemeinschaft die Herausforderung der klimabedingten Verluste und Schäden zu bewältigen, erklärte er zum moralischen Gebot: «Die Ergebnisse der COP27 sind ein Lackmустest für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.» Verluste und Schäden sind wissenschaftlich erwiesen ungleich verteilt, wobei weniger entwickelte Länder, Inselstaaten und ärmere Gegenden unverhältnismässig stark betroffen sind.

David Knecht, der als Beobachter für das Hilfswerk Fastenaktion an der Konferenz war, sagt gegenüber dem *vorwärts* über seinen Austausch mit den Delegierten: «Die Schweiz hat zusammen mit der

EU und den USA viele Jahre lang beim Thema der Verluste und Schäden blockiert. Doch jetzt ist der Druck des globalen Südens und der Zivilgesellschaft zu gross geworden und sie mussten sich entgegen ihrer ursprünglichen Verhandlungsposition auf eine Lösung einlassen.»

Moralischer Imperativ zum Handeln

«Viele von der Klimakrise gefährdete Länder brauchen dringend sofortige Hilfe. Das hat der Austausch auf der COP27 erneut bestätigt», sagt Aebischer von Helvetas. Entscheidend sei jetzt, wie der neue Loss and Damages Fund genau umgesetzt werde. «Die Arbeit sei nur mit der Anerkennung seiner Notwendigkeit noch lange nicht getan», warnt Aebischer. Gelder müssten schnell und ohne bürokratische Verzögerungen bereitgestellt werden, um die betroffenen Menschen in Not rechtzeitig zu erreichen. Doch die Delegierten an der COP27 konnten sich vorerst nur darauf einigen, einen Übergangsaussschuss einzusetzen. Dieser soll in einem Jahr, auf der

COP28, Empfehlungen dazu abgeben, wie der neue Finanzierungsmechanismus realisiert werden soll.

«Der Loss and Damages Fund ist nach 30 Jahren des Kampfs ganz klar eine Errungenschaft, aber derzeit ist er noch ein leerer Topf», so Mukerji von Helvetas in ihrem Bericht zur COP27. Jetzt müsse der neue Fonds rasch mit genügend Mitteln ausgestattet werden, erklärt sie.

Im Vorfeld und in den ersten Tagen der COP27 haben verschiedene EU-Mitgliedstaaten finanzielle Zusagen zu einem möglichen Fonds gemacht. Dieses Signal der Unterstützung beflügelte seine Einrichtung. Doch im Endergebnis der Abschlusserklärung fehlt jegliche Verbindlichkeit. So sieht die Vereinbarung etwa keine direkte Haftung für Klimaschäden vor. Eine solche würde vorsehen, dass die Länder entsprechend ihrem CO₂-Ausstoss auch Gelder sprechen müssten. Wie andere globale Finanzierungsregelungen ist auch der neue Fonds noch auf willige Geberstaaten angewiesen, die karitativ Geld einzahlen.

An den Rand gedrängt

Lea Föh. **Die starke Präsenz der Interessenvertreter*innen fossiler Brennstoffe auf der Klimaweltkonferenz sorgte dafür, die Abschlusserklärung hinsichtlich präventivem Klimaschutz zu verwässern. Das Gastgeberland Ägypten muss sich an mehreren Fronten verantworten.**

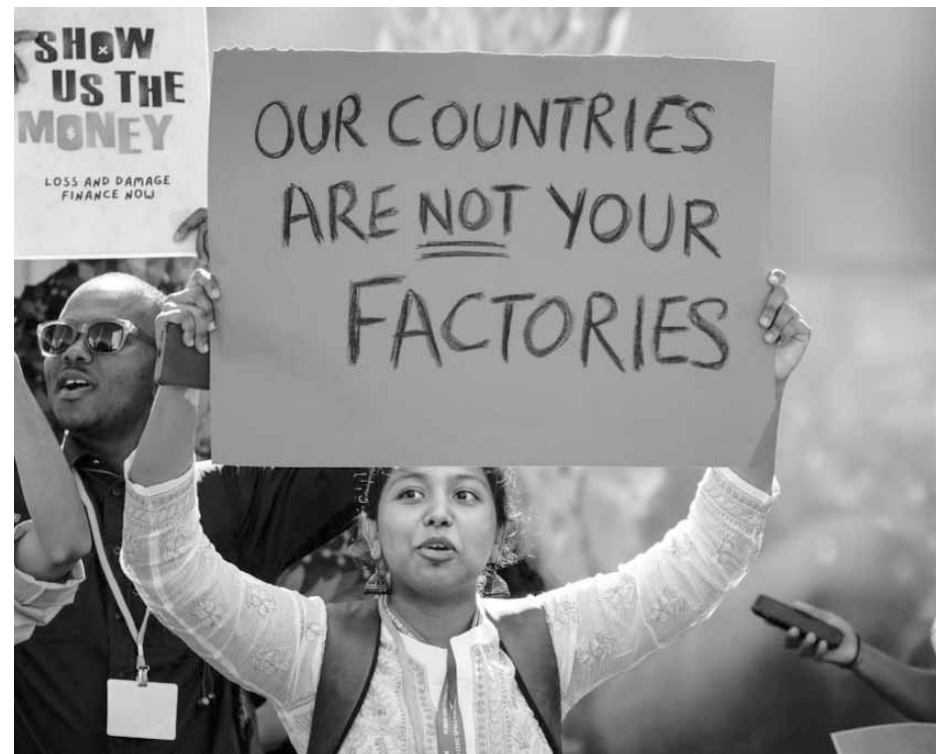
Nicht genug vorwärts ging es an der UN-Klimakonferenz (COP27) bei der entscheidenden Minderung der CO₂-Emissionen. Statt einem klaren Bekenntnis zur raschen Abkehr aus Kohle, Öl und Gas verankert die Abschlusserklärung bloss ein Arbeitsprogramm mit unverbindlichen Zielen. Dabei hängen ehrgeizige Minderungsmaßnahmen eng mit den eintretenden Klimaschäden zusammen. Sofortige Massnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf das Ziel 1,5 Grad Celsius würden die prognostizierten klimabedingten Verluste und Schäden erheblich reduzieren, schreibt Rupa Mukerji, Klimaexpertin von Helvetas, in ihrem Beitrag zur COP27.

Lobbyist*innen in Überzahl

Doch der Umstand, dass die Konferenz in Ägypten stattfand und dessen Regierung eine Anti-Klimaschutz-Position fährt, warf einen Schatten auf die Verhandlungen. Auf Anfrage des *vorwärts* bestätigt Lydia Ebersbach, Kommunikationsverantwortliche für Klima und Energie beim WWF Schweiz: «Die Wirtschaft und fossilen Interessen waren sehr breit und gut vertreten. Über 600 Vertreter*innen der fossilen Energiewirtschaft lobbyierten an der Konferenz. So viele wie schon lange nicht mehr.» Das irritierte auf Anfrage dieser Zeitung auch David Knecht von Fastenaktion: «Dass über 600 Lobbyist*innen vor Ort waren, hat uns sehr erstaunt. Wir denken, dass deren Druck indirekt dazu geführt hat, dass man sich in der Abschlusserklärung nicht zu einem Ausstieg aus allen fossilen Energien bekennen konnte.» Ebersbach formuliert es direkter: «Den Einfluss der Lobbyist*innen sieht man an den unverbindlichen Ergebnissen. Demokratiepolitisch ist es nicht völlig falsch, dass alle mit am Tisch sitzen und angehört werden. Aber ihre massive Übervertretung an dieser Konferenz war frustrierend.»

Fraglicher Austragungsort

Die Weltklimakonferenz als diplomatisches Mega-Event überhaupt in einem autoritären Staat wie Ägypten auszutragen, ist fraglich. Für die Militärdiktatur von Ex-Feldmarschall Abdel Fattah al-Sisi ist es eine seltene Gelegenheit, sich auf der in-



Unsere Länder sind nicht eure Unternehmen. Klare Botschaft der Protestierenden an die UN-Klimakonferenz. Bild: zVg

ternationalen Bühne präsentieren zu können. Man gibt sich grün und weltgewandt, während die Regierung gleichzeitig Zehntausende politische Gefangene festhält. Eine ernsthafte politische Opposition gibt es im Gastgeberland Ägypten nicht. Meinungs- und Pressefreiheit sind massiv beschnitten. Demonstrationen sind faktisch verboten. Menschenrechtsgruppen berichten immer wieder von schweren Verstössen, etwa von Folter und aussergerichtlichen Tötungen. Organisationen wie Amnesty International beschreiben die Zustände als katastrophal. Schon im Vorfeld der Konferenz seien Hunderte Personen wegen Aufrufen zu Protesten verhaftet worden, so Human Rights Watch. Die unabhängige ägyptische Nachrichtenseite Mada Masr zählte unter Berufung auf involvierte Anwälte*innen Anfang November bereits rund 150 Menschen in Gewahrsam der Sicherheitskräfte. Sie werden wegen Verbreitung von Falschnachrichten, Missbrauch sozialer Medien oder Beteiligung an terroristischen Gruppen angeklagt, gängige Anschuldigungen gegen Dissident*innen.

Ständige Überwachung

«Die ägyptische Zivilgesellschaft war an der COP27 stark untervertreten. Angeblich war nur eine lokale NGO akkreditiert. Das war ein grosses Manko», sagt Knecht von Fastenaktion gegenüber dem *vorwärts*. Zudem berichtet er von einem konstanten Gefühl der Überwachung: «Der ägyptische Sicherheitsapparat war allgegenwärtig – sogar auf dem Konferenzgelände.»

Gruppen von Aktivist*innen wie Fridays For Future schildern von Polizist*innen in Zivil, die ihre Demonstration filmten. Deren bekannte Aktivistin Luisa Neubauer entrüstete sich lautstark auf Twitter, es sei das Wirken einer Diktatur. Ebersbach vom WWF Schweiz erzählt dem *vorwärts*: «Sowohl ägyptischen als auch eingereisten Aktivist*innen und gar Delegationsmitgliedern ist gedroht worden – sie müssten sich bewusst sein, dass nach der Konferenz wieder die Regeln der Militärdiktatur gelten würden.» Ihren Teilnehmenden sei klar gewesen, dass man damit rechnen musste, abgehört zu werden. «Das hat ein ungutes Gefühl zurückgelassen», fügt sie an.